

20.04.2022

Bruchköbeler BürgerBund begrüßt Elektro-Autos bei den Sozialen Diensten

BBB-Antrag aus 2019 endlich umgesetzt

Bruchköbel.- Der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) begrüßt die Umstellung des Fuhrparks der Sozialen Dienste auf E-Autos. „Damit wird unser Antrag, den die Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2019 einstimmig beschlossen hat, zumindest in Teilbereichen umgesetzt“, nimmt BBB-Fraktionsvorsitzende Stefanie Zorbach Stellung. Nach dem BBB-Antrag sollte der Magistrat die Beschaffung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb im Zuge der regelmäßigen Ersatzbeschaffung für die sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel und den Bauhof prüfen. Wichtig war für den BBB, dass dabei die Einsatzfähigkeit geprüft und der normale Betrieb gewährleistet wird. Gegebenenfalls seien ökologische Vorteile und ökonomische Auswirkungen miteinander abzuwägen.

Die Arbeit der Sozialen Dienste in Bruchköbel stellt für viele hilfs- und pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürger in Bruchköbel einen wichtigen Teil ihrer täglich benötigten Unterstützung dar. Für diese ambulanten Leistungen setzen die Sozialen Dienste zahlreiche Pkw ein. Gerade bei den vorwiegend im innerörtlichen und somit Kurzstreckenverkehr eingesetzten Fahrzeugen sah der BBB schon im Jahr 2019 bei der überschaubaren notwendigen Reichweite in Autos mit Elektroantrieb eine sinnvolle Alternative.

„Jedoch sollte auch der Fuhrpark des Bauhofs in die Prüfung für E-Fahrzeuge mit einbezogen werden“, ergänzt BBB-Vorsitzender Harald Hormel den zweiten Bereich des Antrags. Hier steige das Angebot von E-Transportern und gewerblich zu nutzenden Fahrzeugen mit Elektroantrieb ebenfalls kontinuierlich. Deshalb sollte weiter geprüft werden, ob zumindest einzelne Fahrzeuge des städtischen Bauhofs im Zuge von Ersatzbeschaffungen durch Fahrzeuge mit Elektroantrieb ersetzt werden können.

Der BBB bedauert es deshalb, dass die ebenfalls beschlossene Vorstellung der Prüfungsergebnisse zur Beschaffung von Elektro-Autos einschließlich eines sich daraus ergebenden Zeitplans und der finanziellen Auswirkungen in der Stadtverordnetenversammlung bis heute nicht erfolgt ist.